

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich .00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Verlautung-, Arbeits- und Wohngebühren 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 296.

Dienstag, den 18. Dezember 1917.

24. Jahrg.

Der Stand des Krieges.

Von Richard Gädle.

Der Waffenstillstand ist nun auch auf die rumänische Front ausgedehnt worden. In der Tat ist das rumänische Heer gar nicht in der Lage, den Krieg fortzusetzen, wenn Rußland ihm nicht mehr seinen Rückhalt gewährt. Daß die Verhandlungen mit Rußland zu einem länger dauernden Waffenstillstande führen würden, war zu erwarten, wenn die russischen Unterhändler zunächst sich auch über die wirkliche Kriegslage nicht völlig klar gewesen zu sein scheinen. Es ist natürlich unmöglich, daß wir wichtige militärische Stellungen, wie die Inseln des Rigaischen Meerbusens, die wir mit dem Blute unserer Männer erkämpft haben, aufgeben werden, ehe nicht der Frieden endgültig geschlossen ist. Gewiß war der Wunsch der Russen begreiflich, zugleich mit der Waffenruhe einen militärischen Erfolg von großem Werte als moralischen Gewinn hinzubringen. Das würde ihre Stellung voraussichtlich befestigen. Unsere weit größeren anderen Siege hatten nicht so niedermetzlerisch und jede Hoffnung benehmend gewirkt, als die Eroberung von Riga und die von Dagö und Desel. Auf die Friedensstimmung in Rußland haben sie befördernd eingewirkt. Denn beide Stellungen sind wichtige Ausfallspforten und zugleich politische Hauptpforten. Insbesondere die Inseln bilden in unserem Besitze eine stete Drohung für Petersburg. Derartig militärische Besitzungen kann man nicht aufgeben, solange eine auch nur entfernte Möglichkeit besteht, daß die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden könnten. Das werden die Russen auch einsehen. Sie dürfen nicht hoffen, die Vorteile eines Friedensschlusses vorweg nehmen zu können. Man legt doch seine Trümpfe nicht hin, ehe das Spiel beendet ist.

Man hat gesagt, daß der Krieg sich gegenwärtig in der Liquidation befinde. Militärisch ist das zuviel behauptet. Wir dürfen uns allerdings der frohen Zuversicht hingeben, daß wir nun das Schwerste überstanden haben und dem Ende entgegengehen. Auch ist sicher bei vielen Aktionären der feindlichen Firmen der Wunsch rege, das ausichtslose Geschäft zu liquidieren. Aber die Geschäftsführer haben diese Ueberzeugung noch nicht, die Parlamente als Aufsichtsräte und vielleicht die Mehrheit der Generalversammlungen auch noch nicht. Sie hoffen noch immer auf glückliche Zufälle, auf das Eintreten neuer Konjunktoren, auf die militärische Hilfe der Vereinigten Staaten, vielleicht auf das Scheitern der Friedensunterhandlungen mit Rußland. Zudem treibt die Furcht sie weiter und weiter, wie das gerade bei bewegten Spekulationen so oft der Fall ist. Denn Bonar Law hat doch nicht unrecht mit seiner Auffassung, daß der Krieg für den Vierverband verloren ist, wenn er seine Kriegsziele nicht erreicht. Darum ist es wahrscheinlich, daß der Brief Lansdownes einen durchschlagenden Erfolg erst dann haben wird, wenn Engländer und Franzosen weitere Madenschläge erhalten haben.

Ein solcher Madenschlag war sicher die Schlacht bei Cambrai. Man war in den sorgfältig vorbereiteten Angriff mit hohen Erwartungen hineingegangen, und die ersten beiden Tage schienen die kühnsten Träume zu rechtfertigen. Schon sprach man von einem Durchbruch der deutschen Linien. Die durch Maßnahmen der deutschen Führung rasch veränderte Sachlage kam den Engländern nicht sofort zum Bewußtsein. Durch neue Stöße und durch das Einsetzen frischer Kräfte glaubte man mit englischer Zähigkeit und mit gewohnter Rücksichtslosigkeit gegen das Menschenleben den Endersieg noch erzwingen zu können. Am 27. November konnte man in der Richtung auf Cambrai sich noch einmal einrichten, wenn auch unzureichenden Raumgewinn zwischen Bourlon und Fontaine sichern. Dann aber war die Stoßkraft der 3. englischen Armee erschöpft. Am 30. November und am 5. Dezember setzten großangelegte deutsche Gegenangriffe gegen die Planken des englischen Keils von Norden und von Osten her ein, die um so empfindlicher wirkten, als der Gegner außerstande gewesen war, die Einbruchsstelle festlich zu erweitern. Das deutsche Geschützfeuer betrieb die englischen Linien und ihre rückwärtigen Verbindungen flankierend, und der Gegner hatte ihm diesmal keine überlegenen Zerstörungsmittel entgegenzusetzen. Von den 300 Tausend, mit denen er die deutschen Wintercasernen, Gräben und Verteidiger hatte niederwalzen wollen, lagen 73 zerschmettert innerhalb unserer Stellungen, 34 zerschossen jenseits unserer Linien, 1 zog gefangen in Cambrai ein, und der Rest verjagte vom Gefechtsfelde. Der Aufenthalt in diesen Ungeheuern muß grauenhaft für die Befehlsbefehls gewesen sein. In den Tagen zwischen den beiden Hauptangriffen der Deutschen drängten sie durch kleinere Stöße den Gegner fortwährend weiter zurück. Am 9. Dezember ließ er von seinem anfänglichen Raumgewinn nur noch einen jämlichen Streifen um Ribicourt, während die Deutschen mehr als doppelt soviel hinter den alten englischen Linien südlich Inghem—Moeuvres im Norden und westlich La Vacquerie—Bantoux—Hennecourt im Osten erobert hatten. Eine Schlacht ist verloren, wenn der Angreifer sein Ziel nicht erreicht hat; diesmal aber war auch der Geländegewinn auf Seiten der Deutschen. Dazu kommen die schweren blutigen Verluste des Gegners, seine große Einbuße an Kriegsgerät und die bisher höchste Gefangenenzahl, die die

Engländer in einer Schlacht des Stellungskrieges verloren haben. Die Schlacht bei Cambrai ist ihr größter Mißerfolg.

Gleichwohl wäre es voreilich, anzunehmen, daß ihre Angriffskraft überhaupt bereits gebrochen ist. Außerdem rechnen sie noch auf starken amerikanischen Zugang spätestens im Frühjahr.

Man hat einen Unterschied zwischen der Ermattungsstrategie des 17. und 18. Jahrhunderts und der Niederwerfungsstrategie des 19. Jahrhunderts hingestellt, die durch Napoleon (und vor ihm Alexander, Hannibal, Cäsar) begonnen und von Moltke zur höchsten Vollendung entwickelt sei. Schließlich aber ist es noch in keinem Kriege — mit einziger Ausnahme vielleicht der besonderen Verhältnisse des Jahres 1806 — gelungen, Volk und Heer des Gegners vollkommen zu zerschmettern und unter die eigenen Arie zu zwingen — auch nicht im Jahre 1871. Das Ziel jedes Krieges war vielmehr, den Kriegswillen des Gegners zu brechen, die Fortsetzung des Krieges ihm opfervoller erscheinen zu lassen, als das Eingehen auf die Bedingungen des Siegers. Die Aufgabe war immer die gleiche, nur die Mittel waren verschieden.

In diesem gewaltigsten aller Kriege gibt es keinen Unterschied zwischen Ermattungs- und Niederwerfungsstrategie; sie ergänzen sich gegenseitig und fließen in einander über. Noch niemals in der Weltgeschichte sind so zahlreiche dicht gedrängt wohnende Völker aufeinander gestoßen wie diesmal, noch nie ist ihre gesamte kriegerische Kraft so bedingungslos dem Zwecke des Sieges dienlich gemacht, noch nie hat die Organisation festgefügt, lebensvoller Staatsgebilde derart miteinander gerungen, noch nie sind alle technischen Errungenschaften einer hochentwickelten Zeit so ausnahmslos für den Krieg nutzbar gemacht worden, noch nie so fürchtbare Ströme Blutes mit hochschwebenden Wogen geflossen. In solchem Kriege werden alle Mittel angewandt, die des Ermattungs-, wie die des Niederwerfungsstrategie. Die Abschüttelung Deutschlands von der Welt, das Hineinzwingen

der Neutralen in den Dienst des Vierverbandes, der Raub deutscher Handelsschiffe durch immer neue Kriegsgegner, die an sich kein eigenes Interesse an dem Ausgange des Krieges haben, gehören der Ermattungsstrategie an; ebenso aber die Belagerung Englands und seiner Genossen durch unsere U-Boote. Ja, die Fortsetzung des Krieges selbst, ohne die Wahrscheinlichkeit durchgreifender militärischer Erfolge, ist auf diesem Boden gewachsen. Zugleich aber ist der Krieg so reich an großen Schlachten, wie keiner vorher. Und diese Schlachten sind nicht in höchster Not geschlagen, weil es keine andere Möglichkeit gab, sondern mit dem festen Entschlusse, den Gegner auf der Walfahrt niederzuschlagen, ihn in eine rettungslos verfahrenere Lage zu versetzen. Dahin gehört unser politischer Feldzug des Jahres 1915, dahin unsere Niederwerfung Serbiens und Montenegros, der Einbruch in Rumänien. Aber auch alle großen Durchbruchversuche der Engländer und Franzosen im Westen, die elf Nonnoschlachten Cabornas, Brusillos Angriffsunternehmen im Juni 1916 gehören der Niederwerfungsstrategie an. Es ändert an diesem Urteil natürlich nichts, daß sie schließlich alle fehlgeschlagen sind — auch Napoleons Einbruch in Rußland im Jahre 1812, eines der großartigsten Beispiele der Niederwerfungsstrategie, ist mißglückt und hat sich gegen den unternehmenden Kriegsherrn gewandt. Wer alles an alles setzt, in dem Ringen elementarer Kräfte kann ebenso gut verloren gehen, wie der, der den Gegner durch Erschöpfung zu zwingen trachtet, selbst als der erste der Blutleere verfallen kann.

Wir haben keinen Anhalt dafür, daß die Zeit dieser großen Kämpfe bereits vorüber ist. Gerade weil die Erschöpfungsstrategie in ihren Wirkungen unsicher und sehr zweifelhaft bleibt, ist es naheliegend, daß nochmals um ganz große Entscheidungen gerungen wird. Zu welchen Ergebnissen sie führen werden, kann nur die Zukunft lehren. Jedenfalls aber wird der Weg zum Frieden nochmals mit Blut getränkt werden, wenn es hoffentlich auch kein langer Weg mehr ist.

Erst dann wird die Liquidation erfolgen.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rußland.

WIB. Berlin, 17. Dezember 1917. Wortlaut des abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages: Zwischen den bevollmächtigten Vertretern der Obersten Heeresleitungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei einerseits und Rußlands andererseits, wird zur Herbeiführung eines dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Friedens folgender Waffenstillstand abgeschlossen:

I. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags (4. Dezember 1917, 14 Uhr, russische Zeit), und dauert bis zum 14. Januar 1918, 12 Uhr mittags (1. Januar 1918, 14 Uhr, russische Zeit). Die vertragschließenden Parteien sind berechtigt, den Waffenstillstand am 21. Tage mit sieben tägiger Frist zu kündigen; erfolgt dies nicht, so dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien ihn mit sieben tägiger Frist kündigt.

II. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Mächte auf der Landfront zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien tritt der Waffenstillstand gleichzeitig ein. Die vertragschließenden verpflichten sich, während des Waffenstillstandes die Anzahl der an den genannten Fronten und auf den Inseln des Moon-Sundes befindlichen Truppenverbände — auch hinsichtlich ihrer Gliederung und ihres Etats — nicht zu verstärken und an diesen Fronten keine Umgruppierung zur Vorbereitung einer Offensive vorzunehmen. Ferner verpflichten sich die Vertragschließenden, bis zum 14. Januar 1918 (1. Januar 1918, russische Zeit) von der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee keine operativen Truppenverschiebungen durchzuführen, es sei denn, daß die Verschiebungen im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages schon eingeleitet sind. Endlich verpflichten sich die Vertragschließenden, in den Häfen der Ostsee, nördlich des 55. Längengrades Ost von Greenwich und in den Häfen des Schwarzen Meeres während der Dauer des Waffenstillstandes keine Truppen zusammenzuführen.

III. Als Demarkationslinien an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vordersten Hindernisse der eigenen Stellungen. Diese Linien dürfen nur unter den Bedingungen der Ziffer IV überschritten werden. Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseits als Demarkationslinie die Gerade zwischen den vordersten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen den beiden Linien gilt als neutral, ebenso die schiffbaren Flüsse, die die beiderseitigen Stellungen trennen, neutral und unbesetzbar, es sei denn, daß es sich um vereinbarte Handelsfahrstraßen handelt. In den Abschnitten, wo die Stellungen weit auseinanderliegen, sind alsbald durch die Waffenstillstandskommissionen (Ziffer VII) die Demarkationslinien festzulegen und kenntlich zu machen. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien sind die Demarkationslinien, sowie der Verkehr über dieselben (Ziffer IV) nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden zu bestimmen.

IV. Zur Entwicklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der vertragschließenden Parteien wird ein organisierter Verkehr der Truppen unter folgenden Bedingungen gestattet: Erstens: Der Verkehr ist erlaubt für Parlamentäre, für Mitglieder der Waffenstillstandskommissionen

(Ziffer VII) und deren Vertreter. Sie alle müssen dazu Ausweise von mindestens einem Korps-Kommandanten beziehungsweise Korps-Komitee besitzen.

Zweitens: In jedem Abschnitt der russischen Divisionen kann an etwa zwei bis drei Stellen ein organisierter Verkehr stattfinden. Hierzu sind im Einvernehmen der sich gegenüberstehenden Divisionen Verkehrsstellen in der neutralen Zone zwischen den Demarkationslinien einzurichten und durch weiße Flaggen zu bezeichnen. Der Verkehr ist nur bei Tage von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zulässig. In den Verkehrsstellen dürfen sich gleichzeitig höchstens 25 Angehörige jeder Partei ohne Waffen aufhalten. Der Austausch von Nachrichten und Zeitungen ist gestattet. Offene Briefe können zur Beförderung übergeben werden. Der Verkauf und der Austausch von Waren des täglichen Gebrauchs an den Verkehrsstellen ist erlaubt.

Drittens: Die Beobachtung Gefallener in der neutralen Zone ist erlaubt. Die näheren Bestimmungen sind jedesmal durch die beiderseitigen Divisionen oder höheren Dienststellen zu vertreten.

Viertens: Ueber die Rückkehr entlassener Heeresangehöriger eines Landes, die jenseits der Demarkationslinie eines anderen Landes beheimatet sind, kann erst bei den Friedensverhandlungen entschieden werden. Hierzu rechnen auch die Angehörigen polnischer Truppenteile.

Fünftens: Alle Personen, die entgegen den vorstehenden Vereinbarungen 1—4 die Demarkationslinie der Gegenpartei überschreiten, werden festgehalten und erst bei Friedensschluß der Rückführung der Waffenstillstandes zurückgegeben. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihre Truppen durch strengen Befehl und eingehende Belehrung auf das Einhalten der Verkehrsbedingungen und die Folgen von Uebertretungen hinzuweisen.

V. Für den Seeverkehr wird folgendes festgelegt:

Erstens: Der Waffenstillstand erstreckt sich auf das ganze Schwarze Meer und auf die Ostsee nördlich des 55. Längengrades Ost von Greenwich, und zwar auf allen dort befindlichen See- und Luftstreitkräfte der vertragschließenden Parteien. Für die Frage des Waffenstillstandes im Weißen Meer und in den russischen Arktisengewässern des nördlichen Eismeres wird von der deutschen und russischen Seefriegsleitung in gegenseitigem Einvernehmen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Gegenseitige Angriffe auf Handels- und Kriegsschiffe in den genannten Gewässern sollen nach Möglichkeit schon jetzt unterbleiben. In jene besondere Vereinbarung sollen Bestimmungen aufgenommen werden, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß die Seestreitkräfte der vertragschließenden Parteien auf anderen Meeren kämpfen.

Zweitens: Angriffe von See aus und aus der Luft auf Häfen und Küsten der anderen vertragschließenden Partei werden auf allen Meeren beiderseits unterbleiben. Auch ist das Anlaufen der von der einen Partei besetzten Häfen und Küsten durch die Seestreitkräfte der anderen Partei verboten.

Drittens: Das Ueberfliegen der Häfen und Küsten der anderen vertragschließenden Partei, sowie der Demarkationslinien ist auf allen Meeren untersagt.

Viertens: Die Demarkationslinien verlaufen a) im Schwarzen Meer: Vom Dünkel-Leuchtturm (St. Georges-Mündung) bis

Kap Jeros (Trapezunt). b) In der Ostsee: Von der Rogelküll-Westküste Norms-Bogstær-Svenska-Hogarne.

Die nähere Festlegung der Linie zwischen Norms und Bogstær wird der Waffenstillstandskommission der Ostsee (Ziffer VII (Erläuterung) übertragen mit der Maßgabe, daß den russischen Seestreitkräften bei allen Wetter- und Eisverhältnissen freie Fahrt nach der Aland-See gewährleistet ist. Die russischen Seestreitkräfte werden die Demarkationslinie nicht nach Süden und die Seestreitkräfte der vier verbündeten Mächte nicht nach Norden überschreiten. Die russische Regierung übernimmt die Gewähr dafür, daß die Seestreitkräfte der Entente, die bei Beginn des Waffenstillstandes sich nördlich der Demarkationslinie befinden oder später dorthin gelangen, sich ebenso verhalten wie die russischen Seestreitkräfte. Der Handel und die Handelsahrt in den in Ziffer I Absatz 1 bezeichneten Seegebieten sind frei. Die Festlegung aller Bestimmungen für den Handel sowie die Bekanntheit der gefährlichen Wege für die Handelsahrt wird der Waffenstillstandskommission des Schwarzen Meeres und der Ostsee (Ziffer VII 1 und 7) übertragen.

Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, während des Waffenstillstandes im Schwarzen Meere und in der Ostsee keine Vorbereitungen zu Angriffsoperationen zur See gegeneinander vorzunehmen.

VI. Um Unruhe und Zwischenfälle an der Front zu vermeiden, dürfen Uebungen mit Infanteriewirkung nicht näher als 5 Kilometer, mit Artilleriewirkung nicht näher als 15 Kilometer hinter den Fronten vorgenommen werden.

Der Landminenkrieg wird vollständig eingestellt. Die Luftstreitkräfte und Fesselballons müssen außerhalb der 10 Kilometer breiten Luftzone hinter den eigenen Demarkationslinien halten. Arbeiten an den Stellungen hinter den vordersten Drahthindernissen sind erlaubt, jedoch nicht solche, die der Vorbereitung von Angriffen dienen könnten.

VII. Mit dem Beginn des Waffenstillstandes treten die nachstehenden Waffenstillstandskommissionen zusammen (Vertreter jedes an den betreffenden Frontstücken beteiligten Staates), denen alle militärischen Fragen für die Ausführung der Waffenstillstandsbestimmungen in den betreffenden Bereichen zuzuführen sind:

- Eriens: Riga für die Ostsee.
- Zweitens: Dünaburg für die Front von der Ostsee bis zur Düna.
- Drittens: Brest-Litowik für die Front von der Düna bis zum Pripiet.
- Viertens: Berditshem für die Front vom Pripiet bis zum Dniestr.
- Fünftens: K-losvar für die Front vom Dniestr bis zum Schwarzen Meer. Die Grenzbestimmung zwischen den beiden Kommissionen 5 und 6 erfolgt in gegenseitigen Einvernehmen.
- Sechstens: Focjani für die Front vom Dniestr bis zum Schwarzen Meer. Die Grenzbestimmung zwischen den beiden Kommissionen 5 und 6 erfolgt in gegenseitigen Einvernehmen.
- Siebtens: Odessa für das Schwarze Meer.

Diese Kommissionen werden unmittelbare und unkontrollierte Fernspreitleitungen in die Heimatländer ihrer Mitglieder zur Verfügung gestellt. Die Leitungen werden im eigenen Lande bis zur Mitte zwischen den Demarkationslinien von der betreffenden Hersektion gebaut. Auch auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien werden derartige Kommissionen eingerichtet nach Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Höchstkommandierenden.

VIII. Der Vertrag über die Waffenruhe vom 5. Dezember (22. November) und alle bisher für einzelne Frontstücke abgeschlossenen Vereinbarungen über Waffenruhe oder Waffenstillstand werden durch diesen Waffenstillstandsvertrag außer Kraft gesetzt.

IX. Die vertragsschließenden Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensunterhandlungen eintreten.

X. Ausgehend von dem Grundsatz der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit des neutralen persischen Reiches sind die türkische und russische Oberste Heeresleitung bereit, die Truppen aus Persien zurückzuziehen. Sie werden alsbald mit der persischen Regierung in Verbindung treten, um die Einzelheiten der Räumung und die zur Sicherstellung jenes Grundgesetzes sonst noch erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

XI. Jede vertragsschließende Partei erhält die Ausfertigung dieser Vereinbarung in deutscher und russischer Sprache, die von den bevollmächtigten Vertretern unterzeichnet ist.

Brest-Litowik, 15. Dezember 1917. — 2. Dezember 1917 russischer Stils.

gez.: Unterschriften.

Zusatz zum Waffenstillstandsvertrag.

Zur Ergänzung des weiteren Ausbaues des Abkommens über den Waffenstillstand der vertragsschließenden Parteien ist schnellstens die Regelung des Austausches der Kriegsgefangenen und der dienstunfähigen Kriegsgefangenen unmittelbar durch die Front in Angriff zu nehmen. Hierbei soll die Herabsetzung der im Laufe des Krieges zurückgehaltenen Franzosen und Engländer unter 14 Jahren in erster Linie berücksichtigt werden. Die vertragsschließenden Parteien werden sofort für die türkische Verbesserung der Lage der heimatlichen Kriegsgefangenen Sorge tragen. Dies soll eine der vornehmsten Aufgaben der beteiligten Regierungen sein. Um die Friedensverhandlungen zu fördern und die der Zivilisation durch den Krieg geschädigten Völker so schnell wie möglich zu helfen, sollen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Intelligenz und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vertragsschließenden Parteien getroffen werden. Derselbe Zweck soll andererseits dienen: Die Wiederannäherung des Volk- und Handelsverkehrs und der Verkehr von Büchern, Zeitschriften und dergleichen innerhalb der durch den Waffenstillstand gezogenen Grenzen. Zur Regelung der Einzelheiten wird eine gemischte Kommission von Vertretern beiderseitiger Beteiligter demnächst in Petersburg zusammenzutreten.

Brest-Litowik, den 15. Dezember 1917.

Gezeichnet, unter Vorbehalt der endgültigen Zustimmung unterzeichnet.

gez.: Unterschriften.

Die Friedensverhandlungen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Wie wir hören, wird Staatssekretär v. Kühlmann sich im Laufe der Woche zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowik begeben.

RSB. Berlin, 17. Dezember. (Amtlich.) Die Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei werden bereits in den nächsten Tagen in die Friedensverhandlungen mit Rußland eintreten. Die Absicht der deutschen Bevollmächtigten erfolgt demnach. Unverbindliche Vorschläge zwischen den Regierungen sind bereits im Gange.

Das Berichtspiel um den Frieden.

Aus Berlin wird berichtet: Nach einer Meldung aus Amsterdam hat Lord Robert Cecil das britische Bureau benachrichtigt, daß Deutschlands Antwort auf Russens Erklärungen im Parlament über den

deutschen Friedensschritt vom September vollständig unzutreffend sei. Wie Präsident Wilson, so habe auch England fortwährend versucht, Aufklärungen über Deutschlands Kriegsziele zu erhalten, und immer wieder versucht, diese Aufklärungen durch Ministerreden zu erlangen, aber bisher ohne Erfolg. Absolut unzutreffend sei jedoch, wenn man zu verstehen gebe, daß irgendeine Anfrage privater Art an den Feind mit Wissen der britischen Regierung gerichtet worden wäre.

Die von Reuter verbreitete Aeußerung Cecil's ist die deutsche Antwort auf Balfours Erklärungen im englischen Parlament und ist in keiner Weise geeignet, die Mitteilung des Wolffschen Bureaus zu entkräften. Lord Robert Cecil weiß ja doch, daß es nicht öffentliche Ministerreden sind, die zur Erörterung stehen. Es ist also nicht ersichtlich, warum diese öffentlichen Ministerreden plötzlich herangezogen werden. Der Schlußsatz ist mit den hier bekannten Tatsachen nicht in Uebereinstimmung zu bringen. Ist Lord Robert Cecil bekannt, daß ein in amtlicher Stellung befindlicher englischer Diplomat im Monat August eine Mitteilung betreffs deutscher Kriegsziele an einen Neutralen gerichtet hat, und behauptet Lord Robert Cecil, daß diese Mitteilung nicht im Einvernehmen mit der großbritannischen Regierung gemacht worden sei, oder will er behaupten, daß diese Mitteilung nicht unter Umständen erfolgt sei, nach denen die neutrale Regierung annehmen mußte, England handle in der Erwartung und Vorausicht eines entsprechenden Schrittes der neutralen Macht bei der deutschen Regierung?

Die Kriegslage.

- Berlin, 17. Dezember, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.
- Wien, 17. Dezember. (Amtlich.) Deutlicher Kriegsschauplatz. Waffenstillstand.
- Italienischer Kriegsschauplatz. Zwischen Brenta und Piave wurden südlich des Col Caprile neuerlich 400 Gefangene eingebracht. Weiter östlich scheiterten feindliche Angriffe. An der Piave Artilleriekampf. Hauptmann Bennowsky erlangt seinen 27. Luftsteg.

Rußland.

Neuerliche Abgabe Trozkis an Buchanan. Ein Londoner Hoas-Bericht meldet vom 14. d. M. aus Petersburg: In Verantwortung einer Mitteilung Buchanans an die Regierung der Bolschewiki erklärte Trozki, daß die Mitteilungen des Rates der Volkskommissare an die deutschen Behörden vollständig unabhängig von der Uebereinstimmung oder Mißstimmung unter den alliierten Regierungen gemacht wurden. Die Politik des Rates in dieser Hinsicht sei völlig klar und der Rat betrachte sich in keiner Weise durch solches Abkommen der früheren Regierung gebunden. Er werde sich im Kampfe für den Frieden einzig von den Prinzipien der Demokratie und der Interessen der Arbeiterklassen der ganzen Welt leiten lassen.

Zur Nationalversammlung.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Estland wurden 4 Bolschewiki und 2 Anhänger der lettischen demokratischen Partei gewählt, in Madimitz 6 Bolschewiki und 3 Sozial-Revolutionäre des linken Flügels, in Kostroma 4 Bolschewiki und 4 Mitglieder des Bloks der Sozial-Revolutionäre und anderer Parteien, in Pskow 3 Bolschewiki und 5 Sozial-Revolutionäre, in Witebsk 6 Bolschewiki und 3 Sozial-Revolutionäre, in Smolensk 6 Bolschewiki und 4 Sozial-Revolutionäre, in Penza 8 Sozial-Revolutionäre, in Kaluga 5 Bolschewiki und 3 Sozial-Revolutionäre, in Tambow 12 Sozial-Revolutionäre und 3 Bolschewiki.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung erhielten bei der 12. Armee die Bolschewiki 202 000, die Sozial-Revolutionäre 122 000, die Ukrainer 3000, die Kadetten 6000, die patriotischen Menschewiki 3500 und die internationalen Menschewiki 1700 Stimmen. Bei der 5. Armee war das Stimmverhältnis 145 000 Bolschewiki, 15 000 Sozial-Revolutionäre, 21 000 Ukrainer, 4000 Kadetten, 1200 patriotische Menschewiki und 1200 internationale Menschewiki. In Finnland stimmten in der Armee 208 000 für die Bolschewiki, 11 000 für die Sozial-Revolutionäre, 1200 für die Ukrainer, 700 für die Kadetten, 330 für die internationalen Menschewiki und 293 für die patriotischen Menschewiki. Im Gouvernement Kaluga fielen die Wahlen an erster Stelle für die Bolschewiki, an zweiter Stelle für die Sozial-Revolutionäre und an dritter Stelle für die Kadetten aus. In der Stadt Kaluga stießen die Kadetten an erster Stelle.

Aus Petersburg wird gemeldet: Ein maximalistisches Organ meldet, das Ergebnis der Wahlen für die konstituierende Versammlung sei nunmehr so, daß in den Städten die Kadetten und Maximalisten und in der Provinz die Sozialrevolutionäre den meisten Erfolg hatten.

Die Wahlen zur Petersburger Stadtduma. Laut telegraphischer Meldung erhielten bei den Wahlen zur Petersburger städtischen Duma die Bolschewiki 168 und die Sozialrevolutionäre 20 Sitze.

Norwegen und England.

Stockholm, 17. Dezember. (Eigener Bericht.) Der Vorsitzende der norwegischen sozialistischen Fraktion erklärte dem Korrespondenten des „Socialdemokraten“: Die auswärtige Regierung werde selbstverständlich jedes russische Anliegen entgegennehmen, sobald sich die bolschewistische Regierung als die Inhaberin der tatsächlichen Macht erweise. Norwegen könne nicht seine Stellung von der Sympathie oder Antipathie abhängig machen. Der norwegische Außenminister werde über diese Anschanung. Derselbe gilt bezüglich Finnlands. Die norwegischen Sozialisten wünschen, daß die russischen Sozialisten die Selbstständigkeit Finnlands unterstützen. Sobald dies bei der auf den Vorkursen gegründeten Neuordnung besteht, wird das norwegische Volk in die lebendigste Beziehung mit diesem Lande treten. Bezüglich des Fischerports erklärte der norwegische Vorsitzende Daa, es sei undenkbar, daß England Hindernisse bereite den Freisitznach Norwegens nach dem langjährigen Finnland-Ubergang, um so mehr, als England keinen vertraglichen Anspruch geltend machen könnte und Finnland nie gegen die Norwegische Kräfte kämpft.

Freilassung des Gesandten der Bolschewiki-Regierung in England.

„Allgemein Handelsblad“ meldet aus London: daß Tschitcherin, den die Bolschewiki-Regierung zum russischen Gesandten in England ernannt hat, freigelassen sei. Die englische Regierung wagt sich, ihn nach Petersburg zurückzulassen.

England.

Oberst Kepington über die militärische Lage. Oberst Kepington veröffentlicht in der „Times“ einen Artikel über die militärische Lage. Angesichts der von ihm und anderen erwarteten großen deutschen Offensive im Westen stellt er die folgenden Forderungen: 1. Einberufung der Jahrgänge 1818 und 1819; 2. Erhöhung der militärischen Altersgrenze auf 50 Jahre; 3. Einberufung aller jüngeren Leute aus nicht kriegswichtigen und selbst aus einigen kriegswichtigen Industralien und 4. Entsendung aller Jünglinge von 18 und 19 Jahren an die Front. Oberst Kepington meint, es genüge nicht, Jerusalem und Bagdad zu besetzen, wenn man auf dem Hauptkriegsschauplatz nicht erfolgreich sei.

Die englischen Arbeiter zu den Kriegszielen. Der parlamentarische Ausschuss der englischen Gewerkschaften und der Arbeiterpartei veröffentlicht eine Erklärung über die Kriegsziele, die dem am 28. Dezember in London zusammengetretenen Kongress der englischen Arbeiterpartei zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Diese Erklärung bestätigt die Erklärung der sozialistischen Arbeiterpartei vom 14. Februar 1915 und sagt: Das Hauptziel, für das die englische Arbeiterpartei in die Fortsetzung des Krieges willigte, ist, daß die Welt zugibt, daß die Entwicklung der Demokratie für die ganze Welt gesichert wird. Die Kundgebung fordert Unterbrechung der Geheimdiplomatie, parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik, Abschaffung der Militärdienstpflicht, Einschränkung der Rüstungen, einen festen Völkerbund mit einem internationalen Obergericht und internationaler Gesetzgebung. Kriegseroberungen werden zurückgewiesen, aber die Notwendigkeit der Wiederherstellung und Vergütung des Schadens und gewisse territoriale Veränderungen werden zugestanden. Nachdrücklich wird betont, daß die erste Bedingung des Friedens sein müsse, daß die Deutschen unter Kontrolle eines internationalen Ausschusses das Belgien widerfahrte Unrecht wieder gutmachen müssen und daß Deutschland dafür seine Mißbilligung ausspreche. Einlag-Verträgen soll über sein Schicksal unter dem Schutz des internationalen Völkerbundes selbst bestimmen. Weiter schlägt die Kundgebung eine Reorganisation der Balkanvölker durch einen internationalen Ausschuss vor. Die Kundgebung unterstützt die Ansprüche der nicht befreiten Völker in Bessarabien und ihre Wiedervereinigung mit Italien. Dem polnischen Volk soll erlaubt werden, über sein Schicksal selbst zu entscheiden. Dem jüdischen Volk soll man gestatten, einen eigenen jüdischen Staat in Palästina zu gründen. Die von der „abscheulichen Türkenherrschaft“ befreiten Völker sollen von einem dem Völkerbund unterstellten Ausschuss verwaltet werden und Konstantinopel soll zu einem neutralen Hafen gemacht werden. Botschaften wird, daß die im tropischen Afrika eroberten Gebiete dem Völkerbund übertragen werden, der sie als einen einzigen afrikanischen Staat verwalten soll. Die Kundgebung erklärt, daß ein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege unterbleiben soll.

Friedensmeinungen in England.

Stockholm, 15. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Ein soeben nach dreijährigem Aufenthalt aus London hierhergekommener Publizist gab mir nachstehendes Stimmungsbild: In England ist Boden für eine mächtige Friedensbewegung vorhanden, allerdings herrscht der Friedensdrang bisher weniger in den Volksmassen als bei den Intellektuellen. Unter diesen ist die Propaganda, welche von den Sozialisten und der Liga für demokratische Kontrolle betrieben wird, starke Wirkung. Von der sozialistischen Presse ist außer dem „Labour Leader“ namentlich der von Lansbury redigierte „Herald“ einflussreich. Viel Aufsehen machte ein jüngst erschienenes Buch Morris über die Afrikapolitik, welches die belgische Kolonialpolitik scharf kritisiert und die deutsche Kolonisation objektiv beurteilt. In betreff der Volksmassen ist festzustellen, daß ihre Haltung zur Friedensfrage hauptsächlich von moralisch-politischen und mehr von diesen als von ökonomischen Erwägungen bestimmt wird. Von Massenhungern ist keine Rede, höchstens von zeitweiligem Zufuhrmangel mancher Marktwaren, dagegen sind die Warenpreise, verglichen auch mit denen der Neutralländer, erstaunlich niedrig. Die Volksmassen glauben noch an Eroberungsziele des deutschen Imperialismus und an die drohende Militarisierung Europas und sind gefast, jahrelang den Krieg dagegen fortzusetzen; hingegen würde eine unzweideutige Erklärung der Kriegsziele der Zentralländer, welche auch verdeckte Annexionen ablehnen würde, von Lansdowne geäußerten Ideen mächtigen Durchbruch verschaffen. Die Stimmung dafür ist durch die radikale Presse wie „Daily News“ und „Manchester Guardian“ vorbereitet. Schon hat man überall das Schlagwort von den zwei Deutschland, einem militärischen und einem demokratischen, und von der Bereitschaft, mit letzterem Frieden zu schließen. Die Erklärung des Reichstages vom 19. Juli machte bedeutenden Eindruck, welcher jedoch durch die Mithaelis-Periode verwischt wurde. An die Spitze solch einer die Nation ergreifenden Friedensbewegung würde vielleicht Greg treten. Ein völliger Meinungswandel entwickelte sich in den letzten Monaten bezüglich Oesterreich-Ungarns, von dessen Aufteilung erste englische politische Kreise nicht mehr sprechen.

Die Regierung gegen eine internationale christliche Konferenz.

Anlässlich der Einberufung einer christlichen Konferenz aller Länder nach Upsala durch den dortigen Erzbischof erklärte Robert Cecil im englischen Unterhaus, daß die englische Regierung die Hauptverweigerung beizubehalten, da die Konferenz sich offenbar nicht nur auf religiöse Fragen beschränken werde. Viele ortsgelagte Feindschaft gegen die Friedensidee, selbst wo sie in so unpolitischer Form auftritt, macht in Stockholm auch in ententefreundlichen Kreisen peinlichen Eindruck.

Italien.

Stürmische Geheimhaltung der italienischen Kammer. Unter strengster Polizeibewachung, die noch durch eine militärische Sperrung verstärkt wurde, begann am Donnerstagabend die Geheimhaltung der italienischen Kammer.

Kampfe für das Wahlrecht die Masse des Volkes aufgerufen durch Stärkung der Organisationen und der Presse. Die dort noch in der Partei verbliebene Gruppe der Unabhängigen hat sich an der Versammlung nicht beteiligt.

Theater und Musik.

Ludwig van Beethoven war das zentrale 8. vollstümliche Konzert des Vereins der Musikfreunde gewidmet. Nur Werke dieses Größen im Reiche der Instrumentalmusik gelangten zur Wiedergabe. Sein herrliches Konzert in D-Dur gab ungleich Herrn S. S. S. Gelegenheit, seine bewundernswürdige Technik als Geiger glänzen zu lassen und durch Wärme und Gefühlheit des Tones die Hörer in den Bann zu zaubern. Von tiefer Wirkung war der Vortrag des erareisend feierlichen Trauermarsches aus der Eroica-Sinfonie. Die gemalte Ouvertüre zu „Camont“ war gleichfalls eine trefflich geglückte Glanznummer des Konzerts, das noch als wertvolle Gaben das Andante der 1. Sinfonie und die Ouvertüre zu „Fidelio“ (Opus 72) brachte für die Gehörtheit und innere Wahrheit Beethovenscher Musik erwies sich Herr Dr. G. G. G., dem das Orchester willig folgte, als berufener Meister der Kapelle.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Dezember. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Rose, hat am 5. Dezember im Narmel-Kanal den amerikanischen Zerstörer „Jacob Jones“ vernichtet und dabei zwei Matrosen gefangen genommen.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 18. bis 22. Dezember 1917 werden auf den Abschnitt 7 der Warenliste (Lebensmittelkartenbest. oder Lebensmittelkarte) 125 Gramm Weizenmehl auf den Kopf der Bevölkerung verteilt werden. Die Händler haben die gesammelten Abschnitte gemäß § 4 der Bekanntmachung des Polizeiamts vom 10. November 1917, auf Klebheften aufgeklebt, der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 29, I, einzureichen. Lübeck, den 17. Dezember 1917. (4140)

Das Polizeiamt.

Verkauf von holländischen Hühnern.

Die bisher bestellten holländischen Hühner werden gegen Ablieferung der Gutscheine am Mittwoch, dem 19. ds. Mts., vormittags von 8 1/2 bis 1 Uhr in der Markthalle verkauft. Weitere Bestellungen werden vom Markthallenaußenseher entgegengenommen. (4132)

Der Ernährungsausschuß.

Die unterzeichneten

Bankfirmen

bringen hierdurch zur Kenntnis, daß sie am Montag, dem 24. Dezember 1917

(Weihnachtsabend) ihre Geschäftsräume geschlossen halten.

- Bank für Handel und Gewerbe, e. G. m. b. H. Sal. L. Cohn.
- Commerzbank in Lübeck.
- Dresdner Bank Filiale Lübeck.
- Alfons Frank & Co.
- Holsten-Bank Abteilung Lübeck.
- Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.
- Landbank Lübeck e. G. m. b. H.
- Lübecker Privatbank.
- Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck.
- Spar- und Vorschuss-Verein Schwartau.
- Vorschuss- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.
- Louis Wolff Kommandit-Gesellschaft. (4137)

Danksagung.

Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere den Schwestern der Anna W. W. W., sowie dem Vorstand des Bestattungsvereins, sage ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank. (4147)

Frau Magd. Weizel Wwe. nebst Kindern.

Zu verk. Spiegel, groß, Thür, Leinwand, Kleiderbügel, Kappenscheube und Regenschirm. (4145) Bei St. Johannis 22, I.

Eine Singer-Handnähmasch. zu verkaufen. (4139) Adolfstr. 2f.

Danksagung.

Für bewiesene zahlreiche Beistand und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes spreche ich hiermit zugleich im Namen der Familie allen, die uns ihre Teilnahme erwies, meinen herzlichsten Dank aus. (4134)

Wilhelm Dornheim.

Weisking, Dezember 1917.

Das Boot hat dann den Handelsverkehr mit gutem Erfolge bei starker feindlicher Gegenwirkung angegriffen und dabei insgesamt 8 Dampfer mit über 22 000 Brutto-Registertonnen versenkt. Allein 4 größere Dampfer sind ihm aus stark gestärkten Geleitzügen zum Opfer gefallen, darunter der englische Dampfer „Westlands“ (3112 T.) mit Kohlen von Leith nach Antakund, der englische Dampfer „Anjana“ (4053 T.). Ein einzeln fahrender bewaffneter Dampfer wurde aus starker Bewachung herausgeschossen. Gegen den englischen Dampfer „Carlswood“ (2353 T.), der durch Bewachungsfahrzeuge gesichert unter der englischen Küste westwärts fuhr, wurde ein Torpedotreffer erzielt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Budapest, 17. Dezember. „N. G.“ meldet aus Stockholm: Bekanntlich richtete die Bolschewiki-Regierung an die Demokraten der Entente-Länder einen Aufruf, in dem gefordert wurde, mit allen Kräften für einen allgemeinen Frieden einzutreten. Die französischen Minderheitssozialisten haben darauf geantwortet, daß Frankreich außerordentlich kriegsmüde sei. Es herrsche eine allgemeine Sehnsucht nach dem Frieden. Derselbe Sehnsucht sei in den Kreisen der englischen Arbeitermassen zu finden. Die Minderheitssozialisten glauben, daß eine Friedenspropaganda in Frankreich die beste Aussicht auf einen großen Erfolg habe. Es wird auf jeden Fall versprochen, bei der französischen Regierung darauf hinzuwirken, daß die Entente-Kriegsziele einer Revision unterzogen und veröffentlicht werden sollen.

Zürich, 17. Dezember. Eine von dem Abgeordneten Kappeler verfaßte offizielle Kundgebung der schweizerischen Sozialdemokratie verlangt von der Regierung sofortigen Frieden auf der Grundlage der von der russischen Regierung aus gegebenen Parole.

Amsterdam, 17. Dezember. Reuter meldet aus Petersburg: Das Zentral-Komitee des Sowjet hat mit 150 gegen 104 Stimmen den Beschluß gutgeheißen, die Kadetten zu Feinden des Volkes zu erklären.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Köwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gemischt in Lübeck

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Gelesene Nummern des „Volksboten“

bitten wir nicht wegzuworfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Weihnachtsbitte für Kriegerwaisen

Groß ist die Zahl der Lübecker, die im Dienste des Vaterlandes ihr Leben gelassen haben. Nie verlöschender Dank folgt ihnen über ihr Grab hinaus. Der Dank aber soll sich wirksam erweisen, indem für ihre Waisen ausreichend gesorgt wird. Ueber 1000 beträgt schon die Zahl der bedürftigen Waisen. Für sie, insbesondere für ihre Erziehung und Ausbildung, gilt es in Ergänzung der staatlichen Fürsorge Mittel zu sammeln. Darum: Mitbürger bezeugt Euren Dank an die gefallenen Kämpfer, indem Ihr der Waisen gedenkt!

Jeder, auch der kleinste Betrag, ist willkommen. Die gesammelten Gelder werden den Waisen alsbald zugeteilt und in Spartassenbüchern sichergestellt werden.

Beiträge nehmen außer den Unterzeichneten sämtliche Banken unter dem Konto „Kriegerwaisenspende“ entgegen.

Sofern jemand für eine bestimmte Waise in Form einer Kriegspatenschaft zu sorgen wünscht, ist die unterzeichnete Fürsorgestelle zur Vermittelung gerne bereit.

Lübeck, den 8. Dezember 1917.

Die Amtliche Fürsorgestelle für Kriegerwitwen und -Waisen, St. Annenstraße 3.

Senator Heint. Govers.

Vorstehenden Aufruf unterstützen aufs wärmste:

Der Territorialbelegierte der freiwilligen Krankenpflege Senator Kulentamp.

Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Bielefeldt.

Die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen Senator Dr. Eichenburg.

Der Vaterländische Frauen-Verein vom Roten Kreuz Frau Senator Etack.

Das Jugendamt Regierungsrat Dr. Lange.

Der Lübecker Landesverein vom Roten Kreuz Medizinalrat Dr. Riedel.

Der Landestriegerverband Rechtsanwalt Bergwitz, Hauptmann der Landwehr. (4180)

Der Kameradschaftsbund der 76er und 162er. Jul. Duingau. (4180)

Verband der Kranerei- und Mühlenarbeiter u. verw. Ber. Jährliche Lübeck.

Die Auszahlung der Weihnachts-Unterstützung an die Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen oder im Jahre 1917 gefallenen Mitglieder findet am Freitag, dem 21. Dezember, abends zwischen 7 und 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftsraum, Johannisstraße 50-52, Zimmer Nr. 8, statt. Diejenigen, welche sich bis zum 20. Dezember nicht gemeldet haben, können nicht mehr berücksichtigt werden. Der Vorstand.

Lübecker Mitbürger!

Gedenket unseres Heeres und der Marine zu Weihnachten!

Es werden dringend weitere Spenden erbeten.

Geldspenden nehmen alle Banken und Zeitungen für das Konto „Kaiser- und Volkedank für Heer und Marine“ entgegen. (4141)

Comite vom Roten Kreuz.

Ausschuß zur Sammlung von Liebesgaben für die Marine.

Zu verkaufen eine or. Fuppenstube und Küche mit Einrichtung. (4144) Seebäderstr. 20, I.

Ein starkes Fahrrad

mit Freilauf ohne Gummi zu verk. Markblumenstr. 22, II. (4143)

Guterhalt. Schantelpferd

zu verkaufen. (4142) Bad Schwartau, Kaltenhöferstr. 14

Ein gut jagend. Frettchen

zu kaufen gesucht. (4138) H. Koth, Engelwisch 47, II.

Zeitschriften aller Art.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 48.

Zentralverband der Fleischer.

Zahlstelle Lübeck.

Die von der Hauptverwaltung bewilligte Weihnachts-Unterstützung an die Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder findet unter Vorzeigung des staatlichen Unterstüchtungsscheines am Freitag, dem 21. Dezbr., abends zwischen 7 und 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftsraum, Johannisstr. 50-52, Zimmer Nr. 8, statt. (4188) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.

Heute, abends 7 Uhr: Auf vielfachen Wunsch:

Die tolle Komteß.

Stadttheater. (4138)

Dienstag, den 18. Dezbr. 1917 Zum letzten Male:

Jedermann.

Mittwoch, den 19. Dez. 1917

Die Csardasfürstin.

Donnerstag, d. 20. Dez. 1917

O. Nachtigal zu Granada

Hierauf:

Die schöne Galathee.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Sonntag, den 23. Dezbr. Anfang 6 1/2 Uhr:

Gastspiel des Kgl. Hofopernsängers Michael Bohnen von der Kgl. Hofoper Berlin:

Margarethe.

(Faust.)

Oper von Gounod. Mephisto Michael Bohnen

Der Verkauf der Karten für alle Platzgruppen zu den Weihnachtsfeierungen findet vom Mittwoch, dem 19. Dez 1917 ab statt. - Telephonische Bestellungen für den III. Rang können in Zukunft nicht mehr angenommen werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Beisprechung des Reichskanzlers mit den Fraktionsführern.

Der Reichskanzler lud die Führer der Fraktionen zu einer Beisprechung für Donnerstag, den 20. Dezember, 3 Uhr nachmittags, ein. Von dem Ergebnis dieser Beisprechung wird es abhängen, ob und wann der Haushaltsausgleich des Reichstages demnächst zusammentritt.

Das Zentrum gegen die Wahlreform.

Aus der Rede des Zentrumsführers Abg. Dr. Forch in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 5. Dezember 1917 seien nach dem stenographischen Bericht noch die folgenden, für die schwankende und zweideutige Haltung des Zentrums charakteristische Stellen wiedergegeben:

„Wir haben diesen Entwurf zum Gegenstand einstweiliger eingehender Beratungen gemacht, und ich bin beauftragt, als Reklamatoren mitzutreten, daß ein Teil meiner Freunde nach wie vor für das gleiche Wahlrecht zu stimmen bereit ist. Der andere Teil meiner Freunde macht seine endgültige Stellungnahme von den Verhandlungen in der Kommission und von deren Ergebnissen abhängig. Und des deshalb, meine Herren, weil wir in der Tat nicht ohne Ergebnis leben können, wie die parlamentarischen Verhältnisse Preußens sich gestalten werden, wenn der uns vorgelegte Gesetzentwurf unverändert Gesetzeskraft erhalten sollte. Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß eine Radikalisierung dieses Hauses eintritt, und einer solchen Radikalisierung können wir ohne Ergebnis nicht entgegenstehen, besonders wenn wir an die Pflege unserer kulturellen Interessen denken, an die Interessen von Kirche und Schule. (Sehr richtig im Zentrum und rechts.) Meine Herren, wenn so viel von Demokratisierung gesprochen wird, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß zwischen Demokratie in der Theorie und Demokratie in der Praxis leider recht oft ein großer Unterschied ist. (Sehr richtig im Zentrum.) Die Sache würde jedenfalls viel leichter vonstatten gehen, wenn wir das volle Brautpaar haben könnten, daß bei einer demokratischen Herrschaft ein auszeichnender Saug auch für die kulturellen Interessen zu erwarten ist. (Sehr richtig im Zentrum.) Damit habe ich gar nicht das Todesurteil über diese Vorlage gesprochen, sondern nur zum Ausdruck gebracht, daß wir in der Kommission nachdrücklich darauf hinsehen müssen, ob und welche Sicherheiten etwa in der Vorlage schon vorhanden sind, aber ob und welche Sicherheiten auch unter voller Aufrechterhaltung des gleichen Wahlrechts in die Vorlage aufzunehmen wären.“

Das heißt also: dem Zentrum geht die Vorlage der Regierung trotz aller ihrer einschränkenden und einengenden Bestimmungen immer noch viel zu weit. Übersteigt man die Rede des Herrn Dr. Forch, dessen Einfluß als Vorsitzender der Zentrumsfraktion und als erster Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses sehr groß ist, aus dem Zentrumsparlamentarismus in klaren, einfachen Worten, so ergibt sich, daß die mehr als 100 Mitglieder umfassende Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses, die überwältigende Fraktion dieses Parlaments, sich nur dann vielleicht mit dem gleichen Wahlrecht abfinden bereit sein wird, wenn die Rechte des künftigen Abgeordnetenhauses noch weit mehr beschränkt werden, als das schon die Regierungsvorlage vorsieht, und demgegenüber die Rechte des Herrenhauses noch mehr erweitert werden. Außerdem hat das Zentrum, in trauerlicher Seelengemeinschaft mit den Konservativen und den sonst so bitter gehässigen Nationalliberalen, seine Zustimmung dazu erklärt, daß alle drei Vorlagen nur einer einzigen Kommission übergeben werden sollen, d. h. bis ins Ende verschleppt werden sollen.

Was sagen zu dem allen die Hunderttausende der Zentrumsarbeiter?

Eine scharfe Abfuhr der Vaterlandspartei.

Die „Köln. Ztg.“ hat einige Zeit nach der Gründung der Vaterlandspartei auffällig mit diesem Parteigebilde kokettiert; neuerdings hat sie sich jedoch eines anderen besonnen. Im Anschluß an die Erklärungen des Ministers Drems in der Landtagsitzung vom Mittwoch schreibt sie in Nr. 1182:

„Was in aller Welt berechtigt Herrn Fuhrmann zu seinen überheblichen Voraussetzungen? Hat die Stolz- und Siegeskraft unseres Volksheroes draußen, das sich aus allen Parteien und Schichten zusammenzieht, etwa nachlassen? Haben wir hinter der Front, haben nicht gerade die Kernmitten der Armen, die sich politisch meist zur Sozialdemokratie bekennen, nicht vorbildlich und musterhaft ihre Pflicht erfüllt, indem sie für das Vaterland, für das Gemeinwohl gestoren, gehungert und gelitten haben? Waschweiber beiderlei Geschlechts, denen das Herz öfter in der Hufe als unter dem Kams klopft, gibt es überall in der Welt, wie widrige Schlinge und Wucherer, die sich nicht schämen, den Jammer der Volksgenossen in klingende Münze für ihren schmutzigen Geldbeutel umzuwechseln. Aber das deutsche Volk aller Parteien und Klassen darf es sich mit Recht verbitten, daß jene anmaßlichen Monopolisten der Vaterlandsliebe immer und immer wieder daran zweifeln, daß es seine Pflicht gegen das Ganze tue, nur weil es darunter Leute gibt, die sich erlauben, anderer Meinung zu sein, als Alldeutsche und Vaterlandsparteiler.“

Die „Köln. Ztg.“ versichert dann, es komme darauf an, wie die deutschen Interessen am besten gewahrt werden würden, ob durch Maßlosigkeit und Ueberfälligkeit, oder durch Maßhalten und Berücksichtigung der berechtigten Interessen der anderen. — Nicht immer hat die „Köln. Ztg.“ so geschrieben; noch vor kurzer Zeit las man in ihren Spalten weitestgehende annekdonistische Bekenntnisse. Es ist erfreulich, daß sie sich unter den Eindrücken jüngster Ereignisse eines anderen besonnen hat.

Eine Erklärung der Zentrumsfraktion des Reichstages.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Erklärung der Zentrumsfraktion des Reichstages, in der es u. a. heißt: Betreffs des Verständigungsfriedens, der keineswegs identisch ist mit dem — auch von der Zentrumsfraktion ausdrücklich abgelehnten — sogenannten Verständigungsfrieden, wurde die Haltung der Fraktion durch deren Vertreter, den Abg. Fehrenbach und Dr. Mohr, am 17. d. M. klargelegt. Danach steht die Fraktion vollständig auf dem Boden der Verantwortung der Reichsregierung auf die Kapitulation und der gleichlautenden Erklärung des Reichskanzlers Grafen von Hertling. Keinerlei Gegenstand besteht in diesen durch die Anwesenheit behandelten Fragen zwischen der Zentrumsfraktion und der Reichsregierung, sowie der obersten Heeresleitung. Für die übereinstimmende Haltung der Reichsregierung und der weit überwiegenden Mehrheit des Reichstages, die sich deckt mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, waren nationale Gründe unter Ausschluß jeder Schwäche entscheidend. Das vaterländische Interesse wird auch bei der zukünftigen Behandlung der Kriegs- und Friedensfragen für die Zentrumsfraktion Leitstern und Richtschnur bleiben. Die Erklärung wendet sich jedoch gegen den Vorwurf, das Zentrum sei dem Einklang beigetreten, es habe sich heute so wenig wie jemals früher irgendeinem Block angeschlossen. Diejenigen Fraktionen, die sich zu interfraktionellen Besprechungen zusammengefunden hätten, seien dabei von der nationalen Erwägung ausgegangen, daß für die Kriegsbauer sich die Reichstagsmehrheit zu einer ruhigen und gedeihlichen Abwicklung der Reichstagsgeschäfte mit dem Endziel einer gütlichen Beendigung des Krieges zusammentreffen müsse. Die Ausschaltung irgend einer Partei sei nicht beabsichtigt. Die interfraktionellen Besprechungen ablehnend gegenüberstehenden Parteien hätten sich durch ihr Verhalten selbst ausgeschlossen. Weiter wird dann hervorgehoben, daß die Zentrumsfraktion auch jetzt von ihrem Programm und ihrer Ueberlieferung nicht abgewichen ist und nach wie vor nachdrücklich die Interessen von Kirche und Schule wahr.

Ernährungsfragen.

Keine Erhöhung der Kartoffelration.

In der Verordnung über die Kartoffelversorgung für das Wirtschaftsjahr 1917/18 hatte das Kriegsernährungsamt zur vorläufigen Verteilung an die Gemeinden die Kartoffelmenge auf 7 Pfund pro Kopf und Woche festgesetzt. Ende November, wenn die genauere Bestandsaufnahme ermittelt wäre, sollte dann die endgültige Regelung vor sich gehen. Die Zeit ist reichlich überschritten, aber eine genaue Bestandsaufnahme liegt noch immer nicht vor, die Nachprüfungen sind noch nicht abgeschlossen. Da aber in vielen Artikeln der Presse und Eingaben, besonders der Kommunalverbände, immer wieder verlangt wird, die Kartoffelration auf 10 Pfund zu erhöhen, so hat das Kriegsernährungsamt nochmals den Pressevertretern die Unmöglichkeit der Erhöhung dargelegt.

Danach wird die Kartoffelernte als gut bezeichnet. Im Gegensatz dazu ist die Futtermittelerte sehr schlecht ausgefallen, die Ernte an Brotgetreide zwar besser, reicht aber kaum aus, um die vorgeschriebene Brotration bis zu Ende des Wirtschaftsjahres durchzuführen. Infolgedessen muß die Kartoffelernte dazu benutzt werden, einen Ausgleich in diesen Ernährungsmitteln herbeizuführen. Eine notwendige Folge der schlechten Futtermittelerte war zunächst die Abschachtung größerer Mengen von Schweinen, die zwar nicht vollen Erfolg gehabt hat, aber doch als ausreichend bezeichnet wird. Durch die Gewährung von Druckprämien bei der Getreideablieferung ist es möglich gewesen, die benötigten Brotformmengen rechtzeitig heranzubekommen. Aber eine Ueberfülle über die Getreideerträge ist auch heute nicht vorhanden. Diese kann erst im Februar gewonnen werden, da bis zum 28. dieses Monats alles Getreide ausgedroschen sein muß. Vor Ende Januar oder Anfang Februar ist also das Resultat der Getreide- und Kartoffelernte nicht genügend zu übersehen und somit dann erst die Zeit gekommen, um darüber besser disponieren zu können.

Nach dem bisherigen Wirtschaftsplan der Reichskartoffelstelle ist zur Deckung des Gesamtbedarfs eine Menge von 34,7 Millionen Tonnen nötig. Davon werden 5,3 Millionen für Saat- und Ernährung der Selbstverzoiger (pro Tag 1 1/2 Pfund) 6,6 Millionen für die versorgungsberechtigte Bevölkerung 7,3 Millionen für Heer und Marine 3,16 Millionen für Heeresbedarf an Spiritus 2,46 Millionen für Trodnungszwecke 1,44 Millionen für Verderb und Schwund (20 Proz.) 6,9 Millionen und als Reserve 750 000 Tonnen gebraucht. Das insgesamt benötigte Quantum von 34,7 Millionen Tonnen ist so gering, daß nach den Feststellungen in Friedenszeiten schon eine schlechte Ernte diesen Betrag ergab. Eine mittelmäßige Ernte wurde sonst mit 42 bis 45 Millionen Tonnen Ertrag geschätzt und eine gute Ernte natürlich dementsprechend höher.

In diesem Jahre haben wir aber, wie von vielen Fachleuten zugegeben wird, eine gute Kartoffelernte. Nach den bisherigen statistischen Angaben der Landwirte aber eine sehr schlechte Ernte, so daß diese Differenz auf die vorsichtige Schätzung der Landwirte zurückgeführt werden muß.

Für die Nichterhöhung der Ration sind für das Kriegsernährungsamt ferner maßgebend die ungeheuren Transportschwierigkeiten. Aber auch die Freigabe eines Teiles der Kartoffeln zur Befürsorgungszwecken für die Landwirtschaft stand der Erhöhung der Ration entgegen. Die Landwirtschaft braucht zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes Zugvieh und für dieses Futtermittel. Mit den Erträgen an Hartfuttermitteln (Gerste usw.) ist die Erhaltung des Zugviehs aber nicht möglich. Zur Schweinefütterung bürden Kartoffeln nicht verwendet werden, zur Verfütterung an Zugvieh erst dann, wenn der Landwirt seine Fütterungspflicht an den Kommunalverband erfüllt hat, oder die noch zu liefernden Mengen durch Verträge sichergestellt hat.

Uns haben diese Gründe des Kriegsernährungsamts für die Ablehnung der Erhöhung nicht überzeugt. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß eine Erhöhung bei der vorhandenen guten Ernte auf 10 Pfund möglich ist und daher auch unbedingt im Interesse der Volksernährung durchgeführt werden muß. Schon heute werden wieder große Mengen Kartoffeln im Schleißhandel zu 15 bis 20 Mark vertrieben. Nur wer wünscht, daß dieser Handel eine

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

27. Fortsetzung.

So kam es, daß er noch vor der Mittagstunde eine Erhöhung des Weges erreichte, von welcher herab er den Blick auf das Tal der Wupper frei bekam. Das Gewässer schlängelte sich zu seinen Füßen durch die mattgrüne Talflucht, vom andern Ufer winkte von ihrer Höhe herab die Rheider Burg und eine Straße weit links, unten am Wasser, von seinen Gärten und grünen Wiesen umgeben, lag der Rheider Hammer.

Bei diesem Anblick hemmte Richard seine Schritte. Wie tieferschüttert warf er den Wanderstab aus seiner Hand und ließ sich auf einem vermoderten Baumstamm nieder, der zur Seite des Weges lag. Hier stützte er den Arm auf das Antlitz, das Haupt auf seine Hand, und so hinüberstarrte auf das Haus seiner Väter, das er seit so vielen Jahren nicht erblickt, das er mit so schmerzlichen Herzen verlassen und jetzt mit so kummerbelastetem Herzen wieder erblickte, trübten sich seine Augen, bis er seine Wimpern feucht werden sah und dann plötzlich sein Antlitz mit seinen Händen bedeckte, als ob er den Ausdruck der Empfindung, die ihn übermannte, selbst vor den Gräsern zu seinen Füßen verbergen wollte.

Die Hoffnungen, mit welchen er noch gestern sich getragen, waren verfliegen. Sein Rechtsfreund hatte ihm auseinandergelegt, wie wenig Aussicht für ihn da sei, vor der bergischen Domänenadministration auch nur eine kleine Entschädigung für seine Ansprüche zu erstreiten.

Ein unannbarer Schmerz und ein Gefühl unsäglicher Bestimmtheit überfiel ihn. Es war ihm zumute, als werde ihm offenbar, daß dennoch eine höhere Macht über ihm walle, eine Macht, die er geliebt und nicht anerkannt hatte, wenn ihm, wie einst so oft, Sibylle von ihr geredet. Aber diese Macht, unter deren Zauber stehend er jetzt sich fühlte, war keine gütige, väterlich waltende, an schützender Hand zu Fieles des Heils und des Friedens führende, nein, es war eine feindliche, hasstige, quälende, die in ihrer Feindseligkeit sich stets gleichbleibend, die unbehaglich und unerwünscht ihn verfolgte und sein Leben mit mehr Schmerz belud, als er zu tragen vermochte; eine Gewalt, die er länger nicht bekämpfen konnte und vor deren Streichen es am weitesten sein mußte, sich zu beugen. Es lag etwas so tief Entmutigendes in diesen Gedanken Richards, daß er in diesem Augenblicke sich den Tod herbeiwünschte, sich nach der Vernichtung sehnte, in welcher allein eine Zuflucht zu liegen schien wider die dunkeln Unheilsgötter, die er von seinem Sapsack wider sich losgeleitet wähnte, die er immer aufs neue ihre dunkeln Schwingen über seinem dem Unglück geweihten Haupt regen sah.

„Ja, der Tod,“ sagte er endlich tief aufatmend, „der ist's, der mir übrig bleibt. Was könnte ich besseres tun, als dem Bei-

spiele meines armen Vaters folgen! Armer, armer Vater! Gut, daß du in deinem Leid nicht absterbst, wie einst dein Sohn auf dasselbe Gewässer blickte würde, auf welches du blickst, dieselbe Bergkette im Herzen, welche du darin trugst, dieselben Entschlüsse in der Seele während, die in deiner Seele mit den Schauern des Todes rangen! — Bei Gott!“ rief er dann aufspringend aus, „wenn dies alles so ist, wie man es mir in der Stadt erzählt hat — wenn Sibyllens Leben auch für ewig vergiftet ist, trotz ihres rührenden Vertrauens auf diesen Dämon, den sie ihre Verheißung nannte, dann, ja dann weiß ich den Weg zu finden, den mein Vater fand.“

Mit diesen Worten sprang er auf, ergriff wieder seinen Stab und eilte nun hinab in das Flußtal einer Jahre zu, die ihn überlebte — nach einer starken Viertelstunde stand er auf dem Hofe seines väterlichen Hauses.

Die große Portaltür, welche über einer hohen Treppe ins Innere führte, wußte, als er den Drücker des Schloßes ergriffen, seiner Hand. Er trat in den Gang ein, der nach rechts der Fensterwand entlang lief. Zu gleicher Zeit öffnete sich am unteren Ende dieses Ganges die Tür, welche in das Zimmer des Hausmeisters führte. Claus Fetzpünster trat auf die Schwelle und kam, nachdem er den Eintretenden einen Augenblick betrachtet, langsam herangehumpelt, um zu fragen, was er wolle?

„Ihr seid alt geworden, Claus!“ sagte Richard von Hunsarde, ihm die Hand entgegenstreckend, „wie geht es Euch, alte Seele!“

„Wer sind Sie, was wollen Sie?“ fragte er mürrisch.

„Claus, kennt Ihr mich nicht mehr?“

„Nein,“ jagte Claus, offenbar heute nicht im entferntesten geneigt, sein Gedächtnis anzustrengen, um den Fremden wiederzuerkennen.

„Ich bin ja Richard, Richard von Hunsarde — der Sohn Eures alten Herrn.“

„So?“ verriet der Hausmeister. „Seid Ihr Herr Richard?“

„Ja, es ist richtig! Ihr seid es. Ihr seid schmaler und brauner geworden.“

„Ja, es ist richtig, wahrhaftig, Ihr seid es. Wollt Ihr eintreten?“

Und damit hinkte Claus zu seiner Stube zurück, allem Anschein nach nicht im mindesten überrascht und erkannt über die plötzliche Wiederkehr seines jungen Herrn — Claus gehörte nicht zu den Menschen, welche zwei Dinge von bedeutender Tragweite zugleich zu bewältigen verstehen — er war von der schrecklichen Geschichte, die sich in keinen vier Wänden ereignet, so vollständig in Anspruch genommen, erfüllt und überwältigt, daß er für etwas anderes keine Sinne und kein Gefühl hatte — und wäre dies andere auch gewesen etwa ein kleines Erbden, verbunden mit Verpfändung von Sonne, Mond und Sternen, Dornung der Gräber und dem Prälubium der Engel auf den himmlischen Posaunen zum großen Endschick des jüngsten Tages.

Als er in seiner Stube und Richard ihm gefolgt war, warf Claus sich auf einen feinen Strohsack, überließ seinem Galt sich

einen andern zu nehmen und sagte: „Wer hätte das gedacht — ich glaube, Ihr wäret tot, Herr Richard — also Ihr seid nicht tot?“ Er legte ihn tot. Er liegt oben tot, Herr Richard. Morgen soll er begraben werden. Gott sei's einem bei! In welche Geschichten kann man geraten, ehe man sich's versteht. Aber an haben können sie mir nichts. Ich bin so unglücklich wie ein neugeborenes Kind. Der Franz hat den Hausschlüssel bei sich gehabt. Die Hintertür in dem Turm habe ich verriegelt, ehe ich zu Bett gegangen bin. Und gehört habe ich nichts, gar nichts. Ich habe die ganze Nacht durch ruhig geschlafen. Wir können sie nichts anhaben, sie mögen schreiben und protokollieren, was sie wollen.“

„Claus, ist es denn wahr, daß man Herrn Ritterhausen und seine Tochter in Verhaft hat?“ fragte Richard.

„In Verhaft? Gewiß hat man sie in Verhaft. Alle Welt hat sie in Verhaft. Sie sollen auch nach Düsseldorf ins Gefängnis gebracht werden. Sie haben Gendarmen vor ihrer Tür.“

„Ich werde sie also nicht sprechen können?“

„Sprechen? Niemand kann sie sprechen. Es wird niemand zu ihnen gelassen. Der Ritterhausen darf sein eigenes Kind und und Mamiell Sibylle ihren eigenen Vater nicht sprechen. Sie haben Gendarmen vor ihrer Tür!“

„Und Ihr, Claus, was denkt Ihr denn davon? Haltet Ihr es denn für möglich, daß Ritterhausen...“

„Möglich! Was sollte nicht möglich sein auf dieser schlechten Welt? Wenn er aber ruhig zu Bett geht in seinem eigenen Haus und denkt an nichts, an gar nichts und schläft ruhig ein und hat treue reifliche Leute um sich und die Türen sind wohl verriegelt und am andern Morgen ist er umgebracht — Herr Richard, dann ist alles möglich, just alles!“

„Aber Claus,“ warf Richard, düster vor sich hinstarrend, ein, „wenn man doch die Leute seit vielen Jahren so kennt, wie Ihr die Ritterhausen, so hätte man sich doch...“

„O, ich hätte mich auch,“ Herr Richard, fiel Claus ein, „ich hätte mich wohl, etwas zu sagen. Ich weiß nichts, gar nichts. Ich habe die ganze Nacht durch ruhig geschlafen. Und deshalb können sie mir nichts anhaben, sie mögen schreiben, was sie wollen.“

Aber von einem Deferteur spricht man.

„Ja, der Deferteur,“ wiederholte Claus lemlaut und auf seinem Strohsack völlig wie Jorgenüberbündet zusammenstinkend. „Ich weiß nichts von ihm. Jorgans heißt er, das hat er mir gesagt. Das ist alles. Nicht geht er nichts an. Gar nichts. Mamiell Sibylle hat ihn hergebracht, sie hat ihm oben im Hause ein Bett gegeben, das ich nicht ferne. Mamiell Sibylle hat ihn da verbergen. Ich bin unglücklich daran. Es soll strenge Strafe daran stehen, wenn man einen Deferteur verbergt. Ich hab' auch nicht davon gesagt. Die Polizei- und Gerichtsherren haben's aber doch erfahren. Ob's Mamiell Sibylle ihnen bekannt hat oder ob ich von einem andern geseht ist, ich weiß es nicht. Aber heute Morgen war einer hier, der hat mich ins Nebel genommen, und da hab' ich sagen müssen, was ich wollte.“

noch größere Ausdehnung erfährt, kann münchlich, daß die zuletzt kriegslebenden Kartoffelmengen den Landwirten zur Verfügung an das Vieh überlassen werden. Wovon soll sich die städtische Bevölkerung denn schließlich noch ernähren, wenn nun noch die Hauptnahrungsmittel wie Kartoffeln und Brot in durchaus ungenügender Menge gegeben werden? Die Folge wird sein, daß wie beim Brot, wo ja in Berlin Brotarten jetzt schon mit 5 Mark das Stück gehandelt werden, nun ein ebenso schwunghafter Handel mit Kartoffeln einsetzt wird. Vor allem werden es wieder die Angehörigen der Kriegsteilnehmer sein, die am meisten unter dieser Mangelwirtschaft zu leiden haben, denn sie sind am wenigsten in der Lage, die hohen Schleichhandelspreise zu zahlen. Um dieser Mangelwirtschaft vorzubeugen, verlangen wir nachdrücklich eine Erhöhung der Kartoffelration.

Schinken und Butter für Heerlinge.

Der „Korwärd“ berichtet neulich von der Entdeckung einer großen Schmalzfabrik, die als Wagnersmühle deklariert, in die Wirtschaft des preussischen Abgeordnetenhauses ging. Wie die Gesetze der preussischen Ministerpräsidenten und Reichstanzler Graf Hertling sich etwas Gutes anzutun, und damit seiner guten Beziehungen ist er nicht genädigt, mit dem Kauf in die Dörfer kommen zu gehen. Die „München“ er „Korwärd“ erzählt, wie ihm geheißen wird. Im dem massenhaften unerlaubten Verkauf von Nahrungsmitteln aus Bayern namentlich nach Norddeutschland Einhalt zu tun, wurde vor einiger Zeit auf Grund des Kriegsaufstandes das Postgeheimnis kurzzeitig aufgehoben und die Durchsicht aller aus Bayern hinausgehenden Pakete durch militärische Kommandos angeordnet. Da es nun immer noch vereinzelt Leute gibt, die der etwas veralteten Meinung sind, vor dem Gesetz seien alle Staatsbürger ohne Unterschied des Standes gleich zu behandeln, so war zu fürchten, daß die Lebensmittelverpackungen für Graf Hertling bei den militärischen Überwachungsstellen der Beschlagnahme verfallen könnten.

In dieser Verlegenheit zeigte sich nun, wie sich ein wahrer Freund in der Not bewährt. Mit kollegialer Hilfsbereitschaft sprang Herr v. Seiblein, der bayerische Verkehrsminister, ein mit einem Erlaß, der dem Personal der Postanstalten in folgender Form mitgeteilt wurde:

München, 21. November.

Betreff: Sendungen an den Reichstanzler Grafen Hertling.

Nach Mitteilung des Herrn Reichstanzlers Dr. Grafen v. Hertling sollen die ihm aus Bayern zugehenden Lebensmittel-Versendungen aus Ruhpolding, Traunstein, Füssen, (Bayern, Ober-), Freyung, Augsburg-Hauptpost und München-Hauptpost unbeanstandet abgeholt werden.

Damit die Postsendungen unbeanstandet durchgehen, sind die betreffenden Postanstalten sofort anzuweisen, die Sendungen unmittelfach nach Berlin — nicht über die Heberwachungsstellen — zu leiten. Eine Kontrolle der Beschriftungen und Adressen der Sendungen durch eine bayerische Lebensmittelbehörde kann nicht in Betracht kommen, da die Sendungen verschiedene Lebensmittel enthalten können. Die Pakete werden an den Herrn Reichstanzler persönlich abgereicht werden.

Die militärischen Lebensmittelprüfstellen sind vorzuenthalten.

Dies zur Kenntnis und Veranlassung. Deppisch.

Graf Hertling wird mit Hilfe der Postpakete gewiß besser leben können als ein Schwerarbeiter. Wir erwägen uns nicht darüber, das Volk hat schon ganz andere Dinge erlebt. Hertling ist wenigstens keiner von den ganz schlimmen Durchhaltern, er hat nicht geschrien gegen die „Schwammwigen“, die fürs Vaterland nicht leiden wollen. Aber die Geschichte zeigt auch den ganzen Jammer unserer bürgerlich-kapitalistischen — nicht sozialistischen — Lebensmittelförderung. Auch der höchste Reichsbeamte ist nicht imstande, mit dem ihm behördlich angewiesenen Lebensmittelquantum auszukommen. Er ist aber, wie viele andere, in der glücklichen Lage, sich auf Nebenwegen Lebensmittel zu verschaffen. Die das aus betrübten Gründen nicht können, müssen bittere Not leiden.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ergebnisse des Luftkampfes.

Im November der letzten unter Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 205 Flugzeuge und 22 Ballone. Wir haben demgegenüber 60 Flugzeuge und zwei Ballone eingebüßt. Davon sind 33 Flugzeuge jenseits der Linien verblieben, während die anderen 27 über unserm Gebiete verblieben gingen. Auf die Westfront allein entfielen von den 205 unserer Gefechte gefallenen feindlichen Flugzeugen 167, von den 60 deutschen 44, an der italienischen Front haben wir 26 Flugzeuge abgeschossen und 10 eigene eingebüßt. Im einzelnen zeigt sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 150 Flugzeuge wurden im Luftkampf, 38 durch Flugabwehrkanonen, 4 durch Infanterie abgeschossen und 13 landeten unfreiwillig hinter unseren Linien. Von diesen Flugzeugen sind 55 im äußerem Feld und 120 jenseits unserer Linien erkennbar abgehört.

Finnland wünscht keinerlei bewaffnete Einmischung.

Die finnische Sozialdemokratie hat an die Arbeiter Schwedens ein Manifest gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Klassenbrüder!

Wir haben uns Bedauern hat die finnische Sozialdemokratie erfahren, daß ein Teil der bürgerlichen Kreise Schwedens die Ansicht vertritt, daß ein militärisches Eingreifen Schwedens notwendig sei, um die Trennung Finnlands von Rußland zu beschleunigen. Würde dies geschehen, so würde dadurch die irreführende Verbindung mit Rußland gestärkt, die von der Sozialdemokratie Finnlands als eine wichtige Voraussetzung für ein gutes zukünftiges Verhältnis zwischen Rußland und Finnland betrachtet wird.

Schwedische Kameraden! Wir haben bisher durch eine Friedensbewegung, die Bewunderung erregt hat, Finnland davon bewahrt, in den Krieg hineingeworfen zu werden. Wir hoffen, daß Finnlands Volk seine staatlichen Ideale in einer Weise wird verwirklichen können, die ein gutes zukünftiges Verhältnis zu unserem östlichen Nachbar sichert.

Helsingfors, am 11. Dezember 1917.

Der Vorstand der sozialistischen Partei Finnlands.
Matt Turko, Sekretär.

Zur internationalen sozialistischen Konferenz.

„Sozialdemokraten“ greift mit sensationeller Aufmachung die Geheimdiplomatie an, welche zwischen Borowsky und Parvus-Scheidemann betrieben wurde. Die Volkswirtschaft sei ein Haupthindernis der Stockholmer Konferenz für einen allgemeinen Frieden gewesen, aber sie erleichterte durch den Sonderfrieden einen imperialistischen Frieden. Das Blatt strebt wie bisher, die deutschen Unabhängigen gegen die russische Friedensaktion auszuspielen. Wenn es bezüglich jener Besprechungen von furchtbarer Heuchelei im Namen der Internationale spricht, so mutet das merkwürdig an, bei einem Blatte, das jetzt das Sprachrohr des Radikalen Gullwitsch ist, welcher nach der eigenen Darstellung dieses Blattes unter Mißbrauch von Brandings Namen die Konferenz unterminierte. „Kolliten“, welcher infolge der Volkswirtschaft des „Sozialdemokraten“ viel Arbeiterleser gewinnt, sieht die baldigen Friedensverhandlungen in Stockholm voraus und schreibt an Scheidemann Anwesenheit in Stockholm anknüpfend: Die Regierungen und die Völker, und nicht zuletzt die sozialistischen Arbeiter der verschiedenen Länder richten ihre Blicke eifriger als je auf Stockholm und werden ihre Vertreter dorthin senden. Auch für die Arbeiter der sozialistischen Länder werden nie leicht März zur Vertretung gefunden werden. Die Arbeiter werden den Völkern Frieden mit oder gegen ihre Regierungen zustande bringen. Der Frieden naht unabwehrbar, dank der russischen Arbeiterregierung.

Spanien bleibt neutral.

Havas berichtet aus Madrid: Das „Amtsblatt“ kündigt die strikte Neutralität im Kriege zwischen den Zentralmächten und Griechenland an.

Die Entente arsen die neue portugiesische Regierung.

Die Entente-Kabinette haben der neuen portugiesischen Regierung, die offiziell darum nachgesucht hatte, die Anerkennung verweigert.

Kriegsreden amerikanischer Minister.

Die der Entente treuliche „Neue Korrespondenz“ berichtet aus New York: Am 10. eines Banketts hielten der Kriegsminister Baker und der Marineminister Daniels Ansprachen, die wegen ihres kühnen Tones gegen Deutschland Aufsehen erregten. Daniels sagte u. a.: Ich bin dafür, daß den für diesen Krieg verantwortlichen Männern kein Verdon gehalten wird. Wenn auch unsere Haltung nicht von Haß bestimmt werden soll, so müssen wir doch den Krieg solange durchführen, bis das Unterjoch in Deutschland zu Boden geworfen ist. Zur Erreichung dieses Zieles hat Amerika seine Heere und alle seine Geldmittel eingesetzt.

Die Schule — wenn Frieden ist.

Der „Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins“ schreibt: Der Weltkrieg hat auch der Schule tiefe Wunden geschlagen. Während ihrer Arbeiter und Schüler lehren nicht wieder, andere Tugenden mit geschwächten Kräften. Und die Wiederkehrenden werden vieles verlernt haben, vor allem vermehrte Arbeit. Der Schulalter lag vielerorts zeitweise brach. Die Besatzmächte einzusetzen, wird nicht überall leicht sein. Und die Anforderungen sind gesteigert. In dem neu aufblühenden Weltkampfe der Völker auf wirtschaftlichem Gebiete wird dem der Sieg zufallen, der die härtesten und am besten gerüsteten Armeen in die Werkstätten, auf die Werkstätten, in die Kantinen und auf die Arbeitsfelder schickt. Die deutsche Schule muß in der nächsten Zeit nicht nur gut, sondern auch schnell arbeiten. Wer zuerst wirtschaftlich voll gearbeitet ist, hat Aussicht, den Rückwärtigen zu schlagen. Auch bei allem anderen Wiederaufbau, der nach dem Kriege kommen muß, werden die durch den Krieg entstandenen geistigen und körperlichen Kräfte den Ausschlag geben. Hat der Krieg unzweifelhaft den Fortschritt der Schulbildung der härtesten Faktor bei jeder ersten Messung menschlicher Stärke ist, so wird der kommende Frieden diese Tatsache an jeder Stelle zur Geltung bringen.

Sind wir hierin gestärkt? Unsere Bildungsmasse ist, wie der Heeresführer jeder anderen Friedensarmee, geschwächt, und die Anforderungen haben sich geändert und vermehrt. Aber das ist nicht alles. Der Lehrer als selbständiger Beamter steht völlig neuen wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber. Sein Gehalt ist durch die Teuerung entwertet, und eine Neuordnung, die das alte Verhältnis, das auch nur wenig befriedigend war, wieder herstellt, ist schwer zu erwarten. Die hergebrachten Besondere des Lehrstandes sind gestiegen: die Unterordnung der Lehrkräfte der Volksschule unter die Geistlichen, die unbefriedigende Stellung der Volksschule zu den anderen Lehranstalten des Staates. Die Einzelkämpferforderung ist nicht erfüllt. Auf die Vorbildung der Volksschullehrer haben verarmte Kreise mit Geringschätzung verzichtet. Der aus dem Jahre heimkehrende, der dranken freie Bahn vorfindet und vielleicht jahrelang als Offizier keine Tätigkeit bewährt, kehrt wieder in der Gasse seiner alten Laufbahn.

Ob das Schulniveau sinken wird? Ob nicht Flucht aus der Schule zu erwarten ist? Die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden jungen Lehrer, die bei nicht ganz 100 Mk. monatlichem Einkommen und geringfügigen Zulagen mit der Lebensnot kämpfen, können nicht ohne Wehmut auf die Zeit ihres Heeresdienstes zurück, in der wenigstens die Hoffnungen ihren nicht nahe

lamen. Sie fragen ihren Berufsgenossen vielleicht am Ende des Krieges oder schon heute: Bleibt, wo ihr seid, oder geht hin, wo eurer Arbeitskraft eine bessere Entlohnung und eurer Person eine angemessenere Bewertung wartet.

Ob die Schulverwaltungen alles das schon sehen, ob sie Mittel und Wege wissen, wie den Verhältnissen und Nachteilen, die hieraus entstehen müssen, zu begegnen ist? Man bereitet sich an vielen Stellen auf den kommenden Frieden vor. Die Schulfrage darf dabei nicht zurückbleiben. Wir könnten andernfalls starke Enttäuschungen erleben. Es ist Zeit, alle diese Verhältnisse unbefangenen ins Auge zu fassen. Die Schulverwaltungen sollten zu den nötigen Beratungen auch Vertreter der Lehrerschaft hinzuziehen. Ein Ausbau der Schulverwaltung im Sinne der Neuordnung unseres Staatswesens ist ja ohnehin notwendig geworden.

Aus den Freiheitskriegen ging die preussische und deutsche Schule mit den mächtigsten Anhängern Pestalozzischer Menschen- und christlicher Staatserbziehung hervor. Apostel von dieser Kraft fehlen uns heute. Aber dafür steht, wenn die Waffen niedergelegt sind, ein nach Zehntausenden zählender, seiner Erziehungsaufgabe gewachsener Stand von Erziehern bereit, das Vermächtnis jener Großen zu vollstrecken. Ist die Schulkraft groß und weit genug für ein Wirken im Geiste jener Großen, dann werden auch neue Kräfte wieder wachsen, und deutsche Arbeit wird zu Ehren kommen. Ist das nicht der Fall, so wird das Vaterland es mit schweren Opfern und Einbußen bezahlen müssen, daß die Letter seines ErziehungsweSENS nicht weit und tief genug haben. Es steht viel auf dem Spiel. Mächtig alle, insbesondere aber die Nichtbeteiligten und zunächst Verantwortlichen, sich dessen bewußt werden und jeder das Seine tun! Deutschland hat bisher in der Pflege der Volksschule die Spitze gehalten. Das neue Deutschland darf sich von dieser Stelle ehrenhaftig verdrängen lassen wie vom freien Meer und vom freien Handelsplatz. Andernfalls folgen seiner Steigen vor dem Kriege Niederlagen von ganz unabsehbaren Folgen. Ein Volk, das seine gesamte Jugendzuchtung zu voller Entfaltung bringt, wird auch in der Friedensarbeit unüberwindlich bleiben. Menschlichkeit ist allem anderen, auch den größten Naturreichtümern überlegen. Nur der erzogene Mensch vermag das alte Vermächtnis der Weltgewinnung und der Herrschaft über die Kräfte der Natur in vollem Umfange anzutreten, und nur einem in allen seinen Teilen gebildeten und gekulten deutschen Volke werden seine Grenzen nicht zu eng sein.

Gewerkschaftsbewegung.

Der erste Schlichtungsausschuß für Angestellte. Der Verband der Bureauangestellten hat unter Überwindung heftiger Schwierigkeiten mit dem Berliner Anwaltsverein die Einsetzung eines freiwilligen Schlichtungsausschusses vereinbart, der unter Mitwirkung der beiderseitigen Organisationen auftretende Streitigkeiten schlichtet, insbesondere Klagen über Gehälter, Arbeitszeit, Behandlung, Nichtwiedereinstellung zurückkehrender, Kriegsteilnehmer, Einstellung von Kriegesbeschädigten usw. entscheiden und allgemeine Grundzüge für diese Fragen aufstellen soll. Zum unparteiischen Vorsitzenden wurde Magistratsrat von Schulz-Berlin einstimmig gewählt. Der hier geschaffene Schlichtungsausschuß ist der erste, den Angestellte in privaten Betrieben durchgesetzt haben. Die Eingabe der Generalkommission zugunsten der Heimatbetriebe. Die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben in einer Eingabe vom 1. Dezember ds. Js. an Bundesrat und Reichstag erneut auf die Notwendigkeit einer beschleunigten Durchführung der bisher noch nicht in Kraft getretenen Bestimmungen des Hausarbeits-Gesetzes, insbesondere über die Erziehung von Hausangestellten und Lohnmännern, sowie der Verschärfung der Hausgewerbetreibenden hingewiesen. Die Eingabe geht davon aus, daß nach dem Kriege eine erhebliche Vermehrung der Heimarbeit zu befürchten sei. Kriegesbeschädigte, Kriegsermiten und Arbeitslosmehrende, Arbeiterinnen der Kriegsindustrie würden sich in die Heimarbeit drängen und dort die Existenzbedingungen noch weiter verschlechtern. Dagegen müsse die Gesetzgebung rechtzeitig Vorkehrung treffen, indem endlich das schon im Jahre 1914 beschlossene Hausarbeitsgesetz in vollem Umfange in Kraft gesetzt werde. Das Reich beginge damit nur einen Akt der Dankbarkeit gegen seine Verteidiger und deren Hinterbliebenen. Die Eingabe schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Bundesrat nunmehr nicht zögern werde, die Verwirklichung der im Hausarbeitsgesetz vorgesehenen Bestimmungen durchzuführen, und den Heimarbeitern und Heimarbeiterrinnen die Wohlthaten der Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung zu gewährleisten.

Berufungsbefreiungen. Der „Gastwirtsch.“, das Organ des Verbandes der Gastwirtsch., erörtert im letzten Artikel seiner jüngsten Nummer die Konzentrationsbestrebungen in der organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft. Er erklärt es für ein Gebot der Stunde, auf eine Berufungsbefreiung auch der im Gastwirtsch. vorhandenen Hilfsorganisationen hinzuwirken, zumal die Gastwirte bereits eine Zentrale ihrer Unternehmervereinigungen geschaffen haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Friedensgefahr für Kriegsgewinner. Im Düsseldorf Zigarrenwäherprozess erfolgte u. a. auch die Vernehmung des Professors R. A. H. e. r, des Vorsitzenden im Vorstand des Düsseldorf Bezirksvereins vom roten Kreuz, u. a. m. außerdem vom Düsseldorf Regierungspräsidenten die Leitung einer Sammelaktion für Liebesgaben übertragen worden war. Der Zeuge stellt den Soldaten Schenker als bestes Zeugnis aus. Das Düsseldorf rote Kreuz habe die holländische Zigarren gekauft zu einer Zeit, als Kommerzlenat Sagenbüttel längst aus dem Vorstand ausgeschieden war, und es glaube auch, einen guten Kauf damit zu tun. Dasselbe gelte für die später erfolgte Bestellung eines größeren Postens Zigarren bei der Firma Constantin, die ohne jede unzulässige Beeinflussung durch den Mitangeklagten Casmann erfolgt sei. Der Zeuge hat bei dem Kauf in schnell zugedrängter, weil er damals mit einem baldigen Kriegsende rechnete. — Vorst. Woran stützte sich die Annahme? — Zeuge: Ich fand ständig mit hervorragenden Persönlichkeiten in Berlin in Verbindung und hatte während des Friedensangebots eine zweifelhafte Unterredung mit dem Reichstanzler. Ueber Einzelheiten kann ich mich nicht auslassen, aber so viel sagen, daß die geschäftliche Gefahr, durch einen Frieden im Besitz von dann wertlosen Waren zu bleiben, 1916 außerordentlich hart war.

Aus Nah und Fern.

Der treue Hund. In der Fetschener Feldmark bei Döbersleben wurde ein dreijähriges Mädchen tot aufgefunden. Es war ertrunken. Am Sonnabend war es mit einem kleinen Teufelhund aus der Wohnung der Eltern fortgegangen. Neben der Leiche des Kindes hielt der es begleitende Hund treue Wacht.

Die weiße Fahne von Dombrowa. Wie der „Kurier Jaglebia“ (Sosnowice) aus Dombrowa berichtet, ist kürzlich dort seit 28 Jahren zum erstenmal die weiße Fahne auf dem Gefängnisgebäude gehißt worden, zum Zeichen dafür, daß sich kein Sträfling im Gefängnis befindet.

Geschwinderhahn. In Mellungeth ist eine Arbeiterin freiwillig aus dem Leben geschieden, nachdem sie zuvor ihr aus Werrapavieren bestehendes Vermögen von mehreren tausend Mark verarmt hatte, damit ihre Geschwinder nichts erben sollten.

Die französische Regierung hat aciem endlich eine amtliche Mitteilung über die Entlohnung eines Militärs im Tunnel des Mont Cenis in der Nacht vom 18. Dezember veröffentlicht. Diese Mitteilung veranschaulicht immer noch die Zahl der getöteten Soldaten, die an die Tausende reihen soll, kündigt aber an, daß die Regierung sich durch zwei Minister beim Begräbnis der vertreten lassen werde. Die Note gibt auch an, daß der Verkehr auf der Linie Mont Cenis mindestens 4 Tage lang unterbrochen gewesen ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwab, Druck Friedrich Meyer & Co., Gießen in Udd.

